

Fußnoten der Geschichte

Geschichtsschreibung ist immer auch gesellschaftlich und politisch eingebunden. Die Interpretation unserer Vergangenheit legitimiert und delegitimiert politisches Handeln in der Gegenwart. Es darf deshalb nicht erstaunen, dass die Luxemburger Geschichtsschreibung ebenso einseitig ist wie unsere politische Landschaft. Mit dem vorliegenden Dossier zum angeblichen Putschversuch von August 1946 widmet *forum* sich einem historischen Ereignis, das in den Luxemburger Geschichtsbüchern, wenn überhaupt, dann in den Fußnoten zu finden ist.

Schaut man bei Gilbert Trausch, Luxemburgs angesehenstem und einflussreichstem Historiker der letzten Jahrzehnte nach, so findet man in seiner Biographie von Joseph Bech (1978) folgenden lapidaren Satz: „Pour la petite histoire, mentionnons encore “le complot” ou “la conspiration” d’août 1946. L’affaire semble avoir eu un début d’exécution.“ Das Verfahren gegen die angeklagten Offiziere Ensch, Krieps, Jüttel und Winter sowie den Widerstandskämpfer Wingert wegen eines angeblichen Umsturzversuches war aus Mangel an Beweisen eingestellt worden. Für Trausch war der *non-lieu* des Gerichts offenbar kein Freispruch, sondern lediglich die Einsicht, dass es nicht genügend Beweise gab, um die Putschisten zu überführen. Über die Hintergründe der Putsch-Affäre und die Verwicklungen von Joseph Bech wurde unterdessen der Mantel der Verschwiegenheit gehängt.

Eine andere Leseart der Ereignisse findet sich in einem kleinen Heftchen aus dem Jahr 1979, das auf den ersten Blick eher an eine billige Studentenzeitung erinnert als an eine historische Veröffentlichung. Der Autor, Verleger, Drucker und Verkäufer des Heftchens war

Henri Koch-Kent. Verständlicherweise wollte sich kein Luxemburger Verlag die Finger verbrennen mit den Anschuldigungen, die der Autor gegen die ehemaligen Minister Bodson (LSAP) und Bech (CSV) erhob. Koch-Kent wirft der Regierung vor, eine Schmutzkampagne gegen ihre schärfsten Kriker inszeniert zu haben, bei der es darum ging, sie zu diskreditieren und mundtot zu machen.

Auf dem Spiel stand schon damals nichts weniger als die Deutungshoheit über die jüngere Vergangenheit und somit die Fundamente der politischen Landschaft.

Legt man die aufwendig gestaltete Bech-Biographie und das Putsch-Heftchen heute nebeneinander, dann wird klar, wer diesen publizistischen Machtkampf gewonnen hat. Koch-Kent vertritt eine Außenseiterposition, die sich in Luxemburg kaum Gehör verschaffen konnte. Wie auch? Unter den „offiziellen Historikern“ herrschte lange Zeit Konsens, dass man Koch-Kent nicht zitieren dürfe, weil er kein „Historiker“ sei. Für den Zeitzeugen Koch-Kent interessierte man sich aber auch nicht, weil in der Luxemburger Geschichtsschreibung nach wie vor das Primat des geschriebenen Dokumentes herrscht. Diese positivistische Verirrung bekommt eine ganz neue Bedeutung, wenn man weiß, dass in unserem Land Dokumente, ganze Dossiers und sogar ministerielle Archive vom Erdboden verschwinden können. So zum Beispiel die Prozessakte der Putsch-Affäre, die seit dem 11. November 1946 unauffindbar ist. Die Akte sei an das Justizministerium übergeben worden und nicht zurückgekommen. Das Verschwinden der Akte selber ist ein

Skandal, doch ebenso besorgniserregend ist die Tatsache, dass 1979 mit Gaston Thorn ein Liberaler zum Justizminister ernannt werden musste, bis diese Information an die Öffentlichkeit dringen konnte. Unter vielen Luxemburger Historikern herrscht nach wie vor die Meinung: „Wo keine Dokumente vorhanden sind, kann sich die Geschichtsschreibung nicht äußern.“ Dies führt dazu, dass bestimmte Ereignisse gar nicht erst publik werden. Subtiler könnte die Arbeitsteilung gar nicht sein.

Dabei hätte Koch-Kent einiges aus erster Hand zu erzählen gewusst, über die Exiljahre der Regierung in London zwischen Mai 1940 und September 1944. Genauso wie die angeklagten Offiziere Ensch, Jüttel und Krieps, die alle drei vor ihrer Festnahme im August 1946, im sogenannten Gomand-Prozess gegen die Exilregierung ausgesagt hatten. Der Herausgeber der Zeitung *L'Indépendant*, Norbert Gomand, hatte nach dem Krieg in „Aufklärungsversammlungen“ die drei Minister Bech, Bodson und Dupong scharf kritisiert. Nach Meinung Gomands hatte die Regierung während des Krieges den 600 bis 800 Luxemburger Flüchtlingen, die im Spanien Francos festsaßen, nicht genügend geholfen, England zu erreichen. Die Staatsanwaltschaft erstatte daraufhin Anzeige wegen Verleumdung.

Mit den KZ-Heimkehrern und ehemaligen Resistenzler erhob eine weitere Gruppe schwere Vorwürfe gegen die Regierung. Unter ihnen Albert Wingert, ebenfalls ein Angeklagter in der Putsch-Affäre. Vor allem die Resistenzbewegungen warfen der Regierung vor, sie während des Krieges nur halbherzig unterstützt zu haben. Auch wurde angeführt, dass die Exilregierung beim Verlassen des Landes keine Vorkehrun-

gen getroffen hatte, wie sich der Staatsapparat und die Bevölkerung unter der deutschen Besatzung verhalten sollten. Kurzum, den Ministern wurde politisches Versagen vorgeworfen.

Vor diesem Hintergrund spielte sich die Putsch-Affäre ab. Indem die Angeklagten die Legitimation der Exilregierung in Frage stellten, bedrohten sie die Machtposition der CSV und der LSAP, aus denen die beiden Minister Bech und Bodson hervorgingen. Auf dem Spiel stand schon damals nichts weniger als die Deutungshoheit über die jüngere Vergangenheit und somit die Fundamente der politischen Landschaft. Die Regierung selber förderte die Darstellung, dass sie aus dem Exil heraus aktiv Widerstand geleistet habe.

Die Geschichtsschreibung folgt dieser apologetischen Interpretation bis heute. An einer kritischen Betrachtung der Exiljahre war bislang niemand wirklich interessiert. Mit großem Aufwand wird unterdessen das Bild Joseph Bechs als Vater der Europäischen Union und CSV-Ikone gepflegt. Die Putschaffäre (aber auch das Maulkorbgesetz) sind in dieser Geschichte nur Fußnoten.

Was nach den Wahlen im Oktober 1945 folgte, war eine Aneinanderreihung von Tiefschlägen und Intrigen anhand derer sich die Vorkriegsordnung wieder durchsetzte. Eine Aneinanderreihung von persönlichen Schicksalen, für die in unserer Geschichtsschreibung der Gründerväter und staatstragenden Entscheidungen kein Platz ist. Mit dem

inszenierten Putschversuch wurden die schärfsten Kritiker der etablierten Parteien zu Hitzköpfen, Anti-Demokraten und sogar Faschisten stigmatisiert. Auf ihre Kritik hörte danach niemand mehr.

Wenn heute die Zivilgesellschaft ein Demokratiedefizit in Luxemburg anprangert, so wird sie auch eines Tages die Frage stellen – und diese Frage an die Geschichtsforschung weitergeben – wo die Ursprünge dieses Defizits zu suchen sind. Ab welchem Zeitpunkt wurde die Politik unseres Landes zu einem geschlossenen System, das Andersdenkende als Gefahr wahrnimmt und versucht, an den Rand der Gesellschaft zu drängen? Der vorgebliche Putsch von 1946 könnte eine erste gute Spur sein.

LF/JST

Chronologie der unmittelbaren Nachkriegszeit

10. September 1944: Befreiung Luxemburgs durch die alliierten Truppen.

12. September 1944: In einem „Interregnum“ übernimmt die Unio'n, ein Zusammenschluss von Resistenzbewegungen, die Kontrolle über das Land und verhaftet mutmaßliche Kollaborateure.

23. September 1944: Rückkehr der Luxemburger Regierung aus dem Londoner Exil.

16. Dezember 1944: Beginn der Rundstedt-Offensive

17. Februar 1945: Luxemburg wird endgültig von den deutschen Truppen befreit.

20. März 1945: Die „Assemblée Consultative“ findet sich zu ihrer ersten Sitzung ein.

14. April 1945: Großherzogin Charlotte kehrt nach Luxemburg zurück.

April 1945: Die Konzentrationslager Buchenwald (212 Lux.), Bergen-Belsen (29 Lux.), Hinzert (1 599 Lux.), Sachsenhausen (120 Lux.), Dachau (407 Lux.) und Ravensbrück (140 Lux.) werden von den Alliierten befreit.

7./8. Mai 1945: Kapitulation der deutschen Armee

Juni 1945: Rückkehr der Mehrheit der luxemburgischen KZ-Häftlinge.

Juli 1945: Aufklärungsversammlungen der „Luxembourg Battery“, in denen schwere Vorwürfe gegen die Exilregierung erhoben werden. In einer Resolution fordert man u. a. den Rücktritt der Minister der ehemaligen Exilregierung.

30. August 1945: Aufgrund der Äußerungen während dieser Aufklärungsversammlungen leitet die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen Thoss, Dupont und Gomand wegen Verleumdung ein.

7. Oktober 1945: Kommunalwahlen in Luxemburg

21. Oktober 1945: Parlamentswahlen finden statt. Daraus geht eine Koalition der „nationalen Union“ hervor.

5. April 1946: Oberleutnant Emile Krieps sagt im Gomand-Prozess aus.

2. August 1946: Die Offiziere Ensch, Jüttel, Krieps und Winter sowie der ehemalige Resistenzler Wingert werden von der „Sûreté“ verhaftet. Die Anklage lautet: „Attentat und Komplott gegen die Staatsform“ und „innere Gefährdung der Staatssicherheit.“ Wegen der Haltlosigkeit der Anschuldigungen werden die vier Offiziere noch am gleichen Tag aus der Haft entlassen.

3. August 1946: Die Demonstration einiger Resistenzler gegen die Verhaftungen nimmt am Hauptbahnhof in Luxemburg ihren Anfang und endet auf dem Knuedler. Die Teilnehmerzahlen, die der luxemburgischen Presse zu entnehmen sind, schwanken zwischen 320 und 2000 Personen. Diese fordern vor allem die sofortige Freilassung Albert Wingerts.

11. August 1946: Wingert kommt als letzter der „Putsch-Verdächtigen“, nach 9 Tagen in Einzelhaft frei.

13. August 1946: Kammersitzung zur „Putschaffäre“: Staatsminister Dupong führt aus, er habe von „vertrauenswürdigen“ Quellen erfahren, dass ein Putsch vorbereitet wurde. Die Abgeordneten schlucken diese Anschuldigungen, niemand fordert Beweise, Unterlagen oder weitere Untersuchungen.

4. November 1946: Das Verfahren gegen die Angeklagten wird definitiv aufgehoben.

Februar 1947: Die Sozialisten und Kommunisten verlassen die Regierung der „nationalen Union“ und gehen in die Opposition. Die neue Regierungskoalition umfasst nun die christlich-soziale Partei, sowie das Groupement patriotique et démocratique, welches aus der Unio'n hervorgegangen ist.

29. März 1947: Norbert Gomand wird zu einer Geldstrafe wegen einiger seiner Äußerungen verurteilt.